

CWE-:

Fulda · Hessenstraße 21 · 36039 Fulda · Die Stadtverordnetenvorsteherin

FULDA

Hessenstraße 21
36039 Fulda
Telefon: 0661/6790179
Internet: www.cwe-fd.de
E-Mail: info@cwe-fd.de

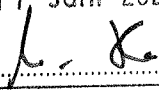
An die Stadtverordnetenvorsteherin

Margarethe Hartmann

Schlossstr. 1

36037 Fulda

Eing.: 17 Juni 2021



Fulda. 15.06.2021

ANFRAGE

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die CWE stellt folgende Anfrage:

Im Zuge unserer Begehungen im Stadtgebiet, wurden wir erneut von Bürgern auf das Erscheinungsbild des Kronhofbrunnen (ältester Brunnen Fuldas) und dessen Umfeld kritisch aufmerksam gemacht.

Die Brunnenanlage und der kleine Platz um den Brunnen sind weiterhin keine Einladung um dort zu verweilen.

Hat der Magistrat Ideen oder Vorstellungen, wie der Erhalt dieser Historischen Anlage auch in Zukunft gesichert werden kann und zu einem Platz oder Treffpunkt mit Aufenthaltsqualität wird.

Martin Jahn



CWE Fulda

Anfrage

(§13 Abs.4 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung)

der AfD/Bündnis C-Fraktion

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 21. Juni 2021

J. Ka.



2

AfD/Bündnis C – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

13.06.2021

Öffentlicher Vorwurf der Fraktionsvorsitzenden „Die Linke.Die Partei“ gegen die Ordnungsbehörde der Stadt Fulda im Hinblick auf angebliche Unterstützung eines [sic!], „strukturell rassistische und ausbeuterische System“

Die Fraktionsvorsitzender von „Die Linke.Die Partei“ Nuha Sharif Ali wollte laut Ihren eigenen Veröffentlichungen auf Facebook eine Demo anmelden, welche von ihr jedoch – nach Kooperationsgespräch mit dem Fuldaer Ordnungsamt – selbst abgesagt wurde (Anlage 1).

Für den 06.06.2021 kündigte Sie, erneut per Facebook, eine Demo an. Dabei warf sie öffentlich der Ordnungsbehörde wie folgt vor:

„Staatliche Behörden – inklusive der Ordnungsbehörde Fulda – standen nie auf unserer Seite! Sie stützen das strukturell rassistische und ausbeuterische System, in dem wir leben und mit dem wir als Betroffene ständig zu kämpfen haben (Anlage 2).“

1. Inwiefern kann der Magistrat zur Aufklärung hinsichtlich der Vorwürfe der Stadtverordneten Nuha Sharif Ali gegenüber dem Ordnungsamt Fulda beitragen und diese entkräften?
2. Wie bewertet der Magistrat die Aussagen der Stadtverordneten Nuha Sharif Ali im Hinblick auf „...werden wir heute zum Schweigen gebracht, dafür werden wir umso **wütender** und **lauter** auf der nächsten Demo...“, „Wir stellen uns **laut** und **wütend** rassistischen Strukturen entgegen...“, „**kämpft mit uns**“ gerade in Verbindung mit einem Demonstrationsthema, das in anderen Städten bereits zu schweren Ausschreitungen führte.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -



Nuha Sharif Ali

25. Mai um 13:51 · 🌐

...

Wut, Verzweiflung, Empörung, Enttäuschung.

Darüber, dass wir unsere „Black Lives Matter“ - Kundgebung anlässlich des Todestages von George Floyd und anlässlich unseres kontinuierlich andauernden Kampfes gegen Rassismus heute NICHT durchführen werden.

Uns als Organisator:innen wird vorgeworfen, die Kundgebung zu kurzfristig und zudem an einem christlichen Feiertag angemeldet zu haben. Aus diesen Gründen – so weiter - konnten sich die Ordnungsbehörden nicht auf die Kundgebung einstellen. Zudem scheint die Demo im vergangenen Jahr uns als Organisator:innen gebrandmarkt zu haben.

Wut, Verzweiflung, Empörung, Enttäuschung. UND: Sachliche Kritik.

Das soeben stattgefundene „Kooperations“-gespräch hatte scheinbar nicht wirklich das Ziel einer konstruktiven Kooperation, um den Schutz der Kundgebungsteilnehmenden, den Schutz der Meinungs- und der Versammlungsfreiheit sicherzustellen.

Mit der klaren Betonung auf dem Bußgeld, was uns bei einer auch nur minimalen Überschreitung der Teilnehmendenzahl droht, Dieteilweise wörtlichen, teilweise jedoch auch „nur“ latenten Unterstellung, dass wir uns unkollegial, unangemessen an christliche und Fuldaer Gepflogenheiten und offenbar willentlich gefährdend den öffentlichen Frieden betreffend verhalten würden, waren nur einige Behauptungen der Beamt:innen. Das Vertrauen in den Schutz der Ordnungsbehörden, die unsere Kundgebung schützen sollen, war an dieser Stelle bereits erschüttert.

Um etwas klarzustellen: Wir haben die Kundgebung fristgerecht angemeldet und beworben. Wir haben die Teilnehmenden auf Einhaltung der Hygienevorschriften hingewiesen und uns vor dem Gesetz richtig verhalten. Wir wissen, dass es der Job der Ordnungsbehörden ist, auch unsere Kundgebung zu schützen. Wir wissen, dass der Samstag vor dem christlichen Pfingsten, KEIN Feiertag ist, sondern erst der Pfingstmontag – somit verstehen wir nicht, was gegen eine Anmeldung am vergangenen Samstag stand – im Versammlungsgesetz gibt es jedenfalls keine Ausnahmen für Anmeldungen an Samstagen. Wir waren bereit, für ein Kooperationsgespräch. Wir waren jedoch nicht bereit, für einen derartigen Umgang seitens der Behörden mit uns - und somit auch mit der angemeldeten Kundgebung.

An dieser Stelle Emotionalität als weiteren Vorwurf zu formulieren, scheint noch das I Tüpfelchen auf der ganzen Geschichte.

Der Prozess, der jetzt dazu führt, dass wir die Kundgebung heute nicht problemlos und unter dem Schutz der Behörden durchführen können, sondern mit Angst und Zweifeln durchführen würden – und somit an dieser Stelle in Präsenz ABSAGEN werden - zeigt einmal mehr, dass wir in Fulda laut sein und laut bleiben müssen. Wir lassen uns nicht unterkriegen. Und bald, ganz bald, sehen wir uns auf der Straße und verleihen unserer gemeinsamen Stimme und unserem Kampf gegen Rassismus auch in Fulda Ausdruck!

Zwar werden wir heute zum Schweigen gebracht, dafür werden wir umso **wütender und lauter** auf der nächsten Demo gegen Rassismus und für eine gerechte Gesellschaft eintreten. Seid geduldig und **kämpft** mit uns! #blacklivesmatter

👍👎👤 39

1 Kommentar 8 Mal geteilt



Nuha Sharif Ali

3. Juni um 15:08 · 🌐

...

Black Lives Matter, always!

Vor nun über einem Jahr wurde George Floyd von einem Polizisten getötet - der Vorfall löste weltweite Proteste aus, so auch in Fulda!

2.000 Menschen sind in Fulda gemeinsam gegen das strukturell rassistische System, nicht nur in den USA, sondern auch hierzulande, auf die Straße gegangen: Der größte Demozug, den unsere Stadt jemals gesehen hat!

Gemeinsam haben wir unsere Fäuste und unsere Stimmen erhoben - gemeinsam gegen Rassismus!

Der Todestag von George Floyd jährte sich am 25. Mai zum ersten Mal. Unsere Kundgebung anlässlich des Memorials und unseres kontinuierlich andauernden Kampfes gegen Rassismus hätten wir aber trotz „Kooperations“-gespräch mit der Stadt Fulda nicht nach unseren Vorstellungen durchführen dürfen. Uns wurde vorgeworfen, die Kundgebung zu kurzfristig und angeblich an einem christlichen Feiertag angemeldet zu haben. Wir mussten uns anhören, dass wir uns „unkollegial, unangemessen an christliche und Fuldaer Gepflogenheiten und offenbar willentlich gefährdend den öffentlichen Frieden betreffend verhalten“ würden.

Staatliche Behörden – inklusive der Ordnungsbehörde Fulda – standen nie auf unserer Seite! Sie stützen das strukturell rassistische und ausbeuterische System, in dem wir leben und mit dem wir als Betroffene ständig zu kämpfen haben.

Die Vorfälle der letzten Wochen zeigen einmal mehr, dass auch wir in Fulda laut sein und laut bleiben müssen! Wir lassen uns nicht länger unterkriegen und wir werden nicht länger zum Schweigen gebracht! **Wir stellen uns laut und wütend rassistischen Strukturen entgegen** und fordern eine gerechte Gesellschaft ein!

Wir gedenken nicht nur George Perry Floyd, Breonna Taylor, Ahmaud Arbery, Oury Jalloh und Christy Schwundek, sondern auch allen anderen Schwarzen Leben, die von rassistischer Polizeigewalt und durch das rassistische kapitalistische System verfolgt und getötet wurden. Kein vergeben! Kein vergessen! No Justice, no Peace!

#blacklivesmatter

#nojusticenopeace

#SaytheirNames

KLEIDERCODE: Schwarz

Bitte denkt daran, eure Masken zu tragen und den Mindestabstand einzuhalten!

Anfrage

(§13 Abs.4 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung)

der AfD/Bündnis C-Fraktion

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 21. Juni 2021

L. Ke



3

AfD/Bündnis C – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

13.06.2021

Monierung des Bundesrechnungshof im Zusammenhang mit der Meldung der Zahl der Intensivbetten – Situation in Fulda

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat am Mittwoch dem Haushaltsausschuss des Bundestags seinen ersten umfassenden Bericht über die Corona-Ausgaben der Bundesregierung vorgelegt.

Darin bewertet der Rechnungshof die Zahlungen an die Krankenhäuser und speziell die Anreize für die Schaffung neuer Intensivbetten. In diesem Zusammenhang wird ein Schreiben des Robert Koch-Instituts (RKI) vom 11. Januar diesen Jahres ans Gesundheitsministerium herangezogen. Dabei äußerte das RKI die "Vermutung, dass Krankenhäuser zum Teil weniger intensivmedizinische Behandlungsplätze meldeten, als tatsächlich vorhanden waren."

Der Bericht analysiert auch die Schaffung neuer Intensivbetten. Von März bis September 2020 habe der Bund jedes neue Intensivbett mit 50.000 Euro zusätzlich finanziert. Insgesamt wurden von den Krankenhäusern dafür knapp 700 Millionen Euro abgerufen. Teilt man die Summe durch den Zuschuss pro Bett müsste es jetzt 13.700 neue Intensivbetten in Deutschland geben - doch die kann der Rechnungshof nicht finden. "Ein solcher Kapazitätzuwachs ist aus den vorliegenden Statistiken indes nicht abzulesen", schreiben die Rechnungsprüfer.

1. Inwiefern betreffen die Vorwürfe des Bundesrechnungshof hinsichtlich abgerechneter, aber nicht vorhandener Intensivbetten und der Meldung von weniger freien intensivmedizinischen Behandlungsplätzen als tatsächlich vorhanden waren die Krankenhäuser in der Stadt Fulda?
2. Inwiefern wurden Intensivbetten abgebaut und bestanden im Hinblick auf einen dadurch entstehenden höheren Auslastungsanteil zusätzliche finanzielle Fördermöglichkeiten?
3. Inwiefern stand eine Überbelastung der Intensivstationen in der Stadt Fulda konkret bevor?

Mit freundlichen Grüßen

P. Lamely
Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -

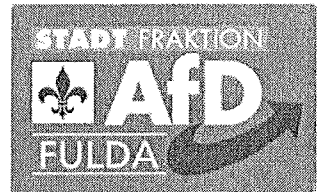
Frank Schüssler

Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Anfrage

(§13 Abs.4 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung)
der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 21 Juni 2021

P. Lamely

4

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD/Bündnis-C Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

14.06.2021

Keine pandemische Lage im Stadtgebiet Fulda

1. Inwiefern bezeichnet der Magistrat die aktuelle Covid-19 Situation noch als „pandemische Lage“?
2. Inwiefern positioniert sich der Magistrat im Hinblick auf die unverzügliche Aufhebung aller Einschränkungen, auch im Hinblick auf den Wegfall der allgemeinen Maskenpflicht?
3. Inwiefern kann der Magistrat die bisherigen Auflagen zu Abstand, Hygiene und Masken in seinen Einrichtungen (Bürgerbüros, Bürgerhäuser, Museen) auf das Prinzip der Freiwilligkeit umstellen?

Begründung:

Auch bei erheblicher Ausweitung der Covid-19 Testdurchführungen sinken die daraus gewonnenen Zahlen erheblich, wobei nicht unwahrscheinlich ist, dass eine nicht geringer Zahl der wenigen noch positiv Getesteten lediglich sog. „Falschpositive“ sind.

Im Landkreis Fulda sind von 73 belegten Intensivbetten nur noch drei mit positiv getesteten Covid-19 Patienten belegt (Stand 14.06.2021).

Zuletzt hat selbst Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine Aufhebung der Maskenpflicht ins Spiel gebracht. In anderen EU Staaten wie z.B. Dänemark ist diese Pflicht bereits entfallen.

Mit freundlichen Grüßen

P. Lamely
Pierre Lamely

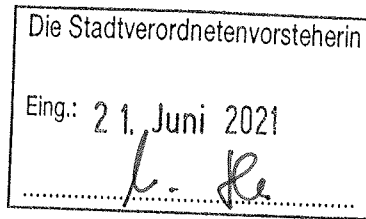
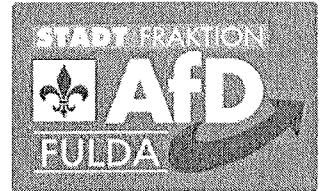
- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler
Frank Schüssler

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

Anfrage

(§13 Abs.4 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung)
der AfD/Bündnis C-Fraktion



AFD/Bündnis C – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

14.06.2021

Debatte um Betrug in Corona-Testzentren - Situation der Testzentrum im Stadtgebiet

1. Wie viele Überprüfungen von Testzentren fanden bisher statt, sodass eine Aussage wie in Presseartikeln kommuniziert, wonach die Situation in Fulda unauffällig sein soll, getroffen werden konnte?
2. Inwiefern kann und wird die Stadt Fulda Covid-19 Testzentren zur Vermeidung und Aufklärung von Missbrauch überprüfen?
3. Wie viele positive Fälle meldeten die Testzentren im Stadtgebiet und wie viele dieser Positivfälle wurden anschließend einem PCR Test durchgeführt, der ebenfalls positiv ausfiel? Laut einem Papier des RKI soll jeder zweite positive Test aus den Testzentren sog „falsch-positiv“ sein.


Nach den Skandalen um zweifelhafte Provisionszahlungen im Zuge von „Maskendeals“, nach der Anschaffung von überteuerten und unbrauchbaren Masken (Wert im Milliardenbereich), die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn an Obdachlose und Behinderte verteilen wollte, rückten nun Missbrauchsfälle bei Testzentren in den Fokus.

Konkret geht es darum, dass Anbieter viel mehr Tests abgerechnet haben sollen, als tatsächlich gemacht wurden. Bekannt wurden bisher Verdachtsfälle in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen, es gibt erste staatsanwaltliche Ermittlungen. In Hessen sind nach Angaben des Landeskriminalamts (LKA) zwei mögliche Betrugsfälle in Corona-Testzentren registriert worden.

Laut einem Bericht der Fuldaer Zeitung vom 02.06.2021 soll die Situation in Fulda unauffällig sein.[1]

Zuständigkeiten zur Überprüfung der Testzentren wurden bislang nicht eindeutig kommuniziert. Der Bund, aber auch die Kreisgesundheitsämter verweisen auf fehlende Kapazitäten, die Testzentren überprüfen zu können.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler

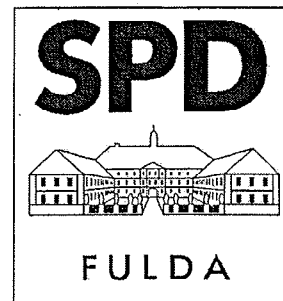
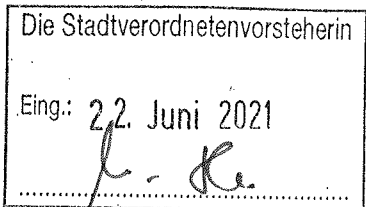
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

[1] <https://www.fuldaerzeitung.de/fulda/corona-testzentren-betrug-schnelltest-verdacht-hinweise-kv-hessen-fulda-jens-spahn-90785116.html>

—

—

—



SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstraße 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
21.06.2021

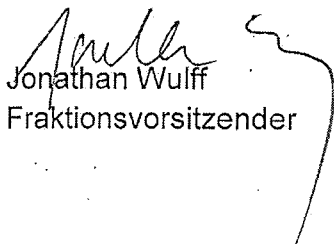


ANFRAGE

Der extreme Starkregen am 5. Juni verursachte im Stadtgebiet teilweise erhebliche Schäden. Extremwetterlagen sind die Folgen des Klimawandels, mit denen sich auch Kommunen auseinandersetzen müssen.

Die SPD-Fraktion fragt daher den Magistrat:

1. Welche Schlüsse zieht der Magistrat aus den Folgen dieses Starkregens, sowohl für die Kommune (Ver- bzw. Entsiegelung von Flächen) als auch für die Entwässerung?
2. Ergeben sich Konsequenzen für künftige Baugebiete (beispielsweise Haimbach und Waidesgrund)?
3. Welchen Einfluss hat der Klimawandel auf Stadtplanung und -entwicklung?

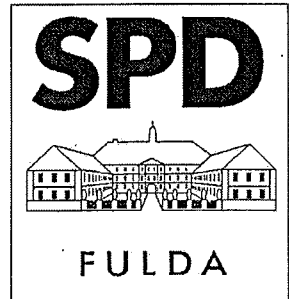

Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter
H.-J. Tritschler

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstrasse 5 · 36037
Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 22. Juni 2021
[Handwritten Signature]



Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
36010 F U L D A

Schloßstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
21.06.2021



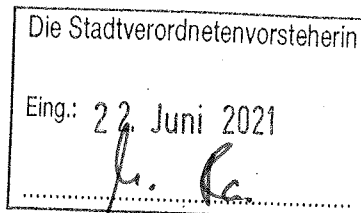
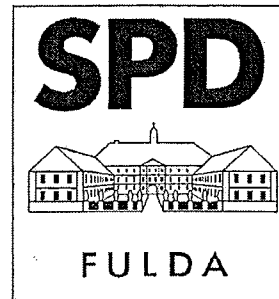
A N F R A G E

Die SPD-Fraktion fragt den Magistrat der Stadt Fulda:

1. Wie hoch ist die Anzahl der Hausarztsitze im Planungsbereich der Stadt Fulda?
2. Wie viele dieser Hausarztsitze sind nicht besetzt?
3. Gibt es Hausarztsitze, die aus Altersgründen demnächst aufgegeben werden?

[Handwritten Signature]
Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter
Robert Vey



SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schlossstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Schlossstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
Fulda, 21.06.2021

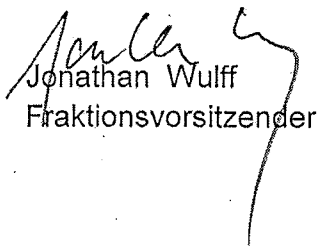


ANFRAGE

Im vergangenen Monat hat die Bundesregierung ein „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ beschlossen. Noch in diesem und im kommenden Jahr sollen 2 Mrd. Bundesmittel dazu dienen coronabedingte Lernrückstände zu verringern, etwa durch Nachhilfe oder Sommercamps. Fließen soll das Geld auch in sogenannte Sprachkitas, in mehr Sozialarbeit und eben auch in geförderte Ferienfreizeiten und Urlaubszuschüsse für sozial schwache Familien.

Die SPD-Fraktion fragt den Magistrat der Stadt Fulda:

1. Hat der Magistrat bereits Finanzmittel in Aussicht?
2. Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Stadt diesem Aktionsprogramm nachkommen?


Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatler
Peter Makowka

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schlosstrasse 5 · 36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

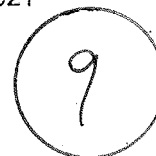
Eing.: 22. Juni 2021

[Handwritten Signature]



Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Schlosstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de
21.06.2021



ANFRAGE

In den letzten anderthalb Jahren musste das Betreuungsangebot an Fuldaer Schulen und Kindergärten mehrfach eingeschränkt werden. Dies führte nicht nur zu erheblichen Belastung für die Familien, sondern auch zu lernrückständen und zu psychischen Belastungen bei vielen Kindern.

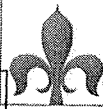
Die SPD-Fraktion fragt daher den Magistrat der Stadt Fulda:

1. Welche konkreten Pläne hat die Stadt um eine vollständige Aufrechterhaltung der Kinderbetreuung und -beschulung bei einer möglichen vierten Welle sicher zu stellen? Wird etwa der Einbau von Lüftungssystemen erwogen oder sind organisatorische Änderungen geplant?
2. Gibt es aus Sicht des Magistrats gute Beispiele aus anderen Städten oder Regionen, an denen man sich orientieren könnte?

[Handwritten Signature]
Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:
Jonathan Wulff

Die Stadtverordnetenvorsteherin



CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Eing.: 22. Juni 2021

fu. Ka.

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0160 6110443
E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda



Fulda, 21.06.2021

Anfrage der CDU-Stadtverordnetenfraktion
an die Stadtverordnetenversammlung am 05.07.2021
betreffend die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Vereine


A N F R A G E


In Fulda gibt es laut Stadt-Homepage weit über 70 Sportvereine, angefangen von Fußball, Tennis, Kanu, Turnen bis zum Minigolf, Fliegen, Tanzen und vieles mehr. Der Lockdown hat dazu geführt, dass den Vereinen die Einkünfte weggebrochen sind, um weiterhin die Vereinsarbeit finanzieren und gestalten zu können.

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion fragt daher den Magistrat, wie sich die aktuelle Situation in den Fuldaer Sportvereinen durch Corona darstellt:

- Gibt es Erhebungen über die finanziellen Auswirkungen der letzten beiden Lockdowns auf Fuldaer Vereine und gibt es Angaben darüber, ob die Corona-Situation zu einem verstärkten Mitgliederschwund geführt hat?
- Wie kann die Stadt helfen, um die Arbeit der Vereine weiter zu unterstützen?

Berichterstatterin: Dorothee Hauck-Hiersch

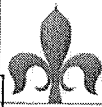

Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende


i.A. Steffen Werner
Fraktionsgeschäftsführer

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 22. Juni 2021

P. F.



CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0160 6110443
E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda



Fulda, 21.06.2021

Anfrage der CDU-Stadtverordnetenfraktion
an die Stadtverordnetenversammlung am 05.07.2021
betreffend das Raumlüftungskonzept für Schulen zum nächsten Schuljahr

A N F R A G E

Da im laufenden Jahr und auch noch ggf. im kommenden Jahr nicht sicher ist, dass die Corona-Pandemie besiegt sein wird und die Impfung der Kinder (noch) nicht möglich ist, muss bereits jetzt ein Konzept für die Sicherstellung des Präsenzunterrichts geprüft bzw. weiter verbessert werden.


Deshalb bittet die CDU-Stadtverordnetenfraktion den Magistrat, den aktuellen Stand der Raumlüftungskonzepte darzustellen und ggf. noch weiterzuentwickeln.

Die CDU-Fraktion fragt vor diesem Hintergrund:

- Gibt es für die städtischen Schulen geeignete Konzepte zur Raumlüftung ab dem kommenden Schuljahr zur Sicherstellung des Präsenzunterrichts?
- Sind entsprechende Raumlüftungsgeräte ausreichend vorhanden oder müssen ggf. solche beschafft werden?
- Gibt es wissenschaftliche / fachliche Erkenntnisse, ob die Bereitstellung von Raumlüfter die regelmäßige Fensterlüftung ersetzen kann?

Berichterstatter: Dr. Albert Post

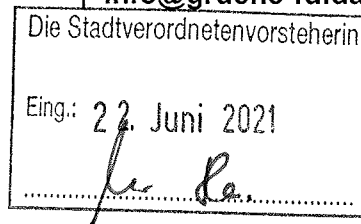

Patricia Fehrmann
Fraktionsvorsitzende


i.A. Steffen Werner
Fraktionsgeschäftsführer

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 21.06.2021



36037 Fulda

Anfrage zur Gleichbehandlung aller Geschlechter in den Sanitäranlagen des Schlosstheaters

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Bei der Vorstellung der Umbaumaßnahmen für das Schlosstheater im SKA wies der Stadtbaurat darauf hin, dass die Sanitären Einrichtungen bereits unter Berücksichtigung aller baurechtlichen Aspekte saniert wurden.

Nun haben Frauen sanitär aber andere Bedürfnisse als Männer, Experten raten seit langem zu einem WC-Schlüssel von 2:1 (Frauen : Männer). Bei gleichem Platzangebot im Schlosstheater – die Sanitäranlagen sind ja symmetrisch – ist davon auszugehen, dass den Männern ein sanitär größeres Angebot gemacht wird als den Frauen, da im Herrenbereich neben WCs auch Urinale installiert sind.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 10. Oktober 2017 schützt das allg. Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. GG) auch Menschen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen. Und das AGG soll Benachteiligungen z.B. auch aufgrund des Geschlechts verhindern oder beseitigen.

Sofern die sanitären Anlagen im Schlosstheater Frauen oder Diverse benachteiligen, ist von einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts auszugehen.

Vor diesem Hintergrund fragt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Magistrat:

1. Wie viele Frauen können gleichzeitig die sanitären Anlagen im Schlosstheater und im Museumshof benutzen? Und wie viele Männer?
2. Ab wann wird die Stadt Fulda den von Wissenschaftlern und Gesundheitsexperten geforderten WC-Schlüssel 2:1 (Frauen : Männer) umsetzen?
3. Wie wurden nicht-binäre Geschlechter bei den sanitären Anlagen im Schlosstheater berücksichtigt (w / m / d)?

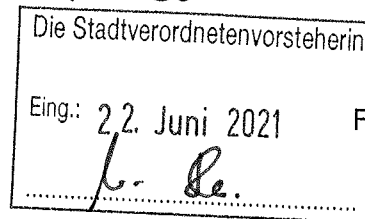
Jutta Hamberger

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 21.06.2021

36037 Fulda



Anfrage zur Umsetzung der Katzenschutzverordnung im Stadtgebiet Fulda durch den Magistrat

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Landesregierung hat mit der Rechtsverordnung vom 24.04.2015 die Ermächtigung, den unkontrollierten freien Auslauf fortpflanzungsfähiger Katzen zu beschränken oder zu verbieten, an die Oberbürgermeister*in (kreisfreie Städte) bzw. die Gemeindevertretung oder den Magistrat der jeweiligen Stadt oder Gemeinde übertragen. Es gilt immer: soweit dies zur Verhütung erheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den in dem betroffenen Gebiet lebenden Katzen erforderlich ist.

(TierSchG, § 13 b; 3. Änderungsgesetz 13. Juli 2013)

Vor diesem Hintergrund fragt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Magistrat:

1. Wie rechtfertigen Sie, dass die Stadt Fulda von der oben genannten Ermächtigung bisher keinen Gebrauch gemacht hat, obwohl die Population verwilderter Katzen weiter anwächst und sich ihr Gesundheitszustand trotz engagierter Maßnahmen der Tierschutzvereine ständig verschlechtert?
2. Woran machen Sie fest, dass es bisher keinen Bedarf gab, um von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen?
3. Ab welcher Zielgröße einer Katzenpopulation – incl. sich ständig verschlechternden Gesundheitszustandes – wird die Stadt Fulda die Ermächtigung auch hier umsetzen?

Marie-Louise Puls

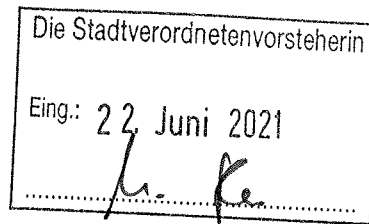
i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 21.06.2021



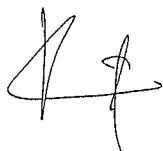
Anfrage zur Nutzung der Parkstreifen „Gerloser Weg“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

in den vergangenen Monaten war zu beobachten, dass die Parkstreifen am Gerloser Weg, unterhalb des Herz-Jesu-Krankenhauses, fast ausschließlich von PKW einer Firma belegt waren. Die Ausweisung zusätzlicher Parkflächen erfolgte unseres Wissens aufgrund des steigenden Bedarfs an Parkraum, sowohl für Anwohner*innen als auch für das Krankenhauspersonal des Herz-Jesu-Krankenhauses.

Die Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fragt den Magistrat:

1. Gibt es derzeit von Seiten der Mitarbeiter*innen des Herz-Jesu-Krankenhauses Fulda oder der Anwohner*innen des Gerloser Wegs weniger Bedarf an Parkraum als zum Zeitpunkt der Ausweisung zusätzlicher Parkflächen?
2. Falls ja, zieht es die Stadt in Erwägung, den zur Nutzung des ruhenden Verkehrs kostenlos zur Verfügung gestellten Straßenraum anderen Verkehrsteilnehmer*innen (z.B. Radfahrern) zugutekommen zu lassen oder Gebühren zu erheben?
3. In welchem Umfang fand in den letzten Jahren im Stadtgebiet Fulda ein Rückbau von ausgewiesenen Parkstreifen aufgrund veränderter Bedarfe statt?



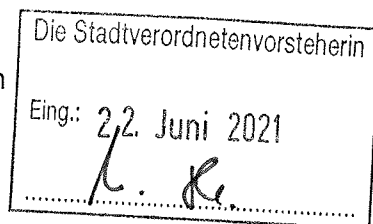
Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 21.06.2021



Anfrage zur Beteiligung am Programm „100 KlimaKantinen“ des HMUKLV

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

um dem Erhalt der natürlichen Ressourcen gerecht zu werden, bedarf es einer Ernährungspolitik, die Verbraucher*innen für eine nachhaltige Konsum- und Lebensweise sensibilisiert. Wertschätzung von Lebensmitteln, Stärkung der Ernährungsbildung und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements stehen dabei genauso im Fokus wie die Förderung von regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln und der Weiterverarbeitung dieser Produkte.

Eine gesunde und klimafreundliche Ernährung hat Auswirkungen auf unser Grundwasser, unsere Böden, die Artenvielfalt und auch auf unsere eigene Gesundheit.

Ernährungspolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe; in diesem Sinne ermöglicht das Netzwerk „KlimaKantinen“ privaten und öffentlichen Kantinen, Mensen und Betriebsrestaurants unter bestimmten Voraussetzungen die Mitgliedschaft.

Die Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fragt den Magistrat:

1. Hat die Stadt Fulda sich bereits mit der Hessischen Ernährungsstrategie befasst und wenn ja, wurden Handlungsfelder identifiziert, um Erzeugung, Angebot und Vermarktung besser zu vernetzen und somit die Wertschöpfungskette zu stärken?
2. Erachtet es die Stadt Fulda als ihre Aufgabe (in der Funktion als Schulträger und Kita-Träger), die schulische und außerschulische Ernährungsbildung zu verbessern und den Einsatz regionaler und ökologischer Lebensmittel zu stärken?
3. Hat die Stadt Fulda die Absicht, sich an dem Programm „100 KlimaKantinen“ des HMUKLV zu beteiligen, möglicherweise auch mit einem großen kommunalen Unternehmen wie der RhönEnergie Fulda GmbH?

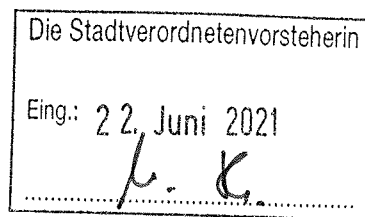
A handwritten signature in black ink, appearing to be "S. Brünnel".

Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Fulda, 21.06.2021



Anfrage Förderantrags Management in der Stadtverwaltung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Die Anzahl von Förderprogrammen und Fördermaßnahmen nimmt immer mehr zu. Insbesondere durch die Corona-Krise sind weitere Programme aufgelegt worden. Fördermöglichkeiten bietet sowohl Europa, der Bund und das Land. In einigen Kommunen wurde darüber berichtet, dass es Probleme damit gibt mögliche Anträge zeitnah zu stellen. So wurde zum Beispiel vom Bundesprogramm der Digitalförderung für Schulen bisher nur ein kleiner Teil abgerufen.

Vor diesem Hintergrund fragt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Magistrat:

1. Gibt es in der Fuldaer Verwaltung eine Stelle, die sich vorwiegend mit dem Förderantrags-Management befasst?
2. Reicht die personelle Ausstattung dafür aus?
3. Gibt es Zahlen über die Fördersummen der letzten beiden Jahre?

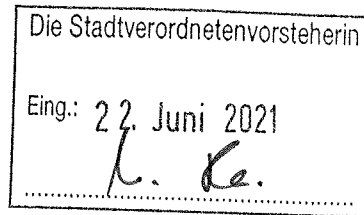
Ernst Sporer

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/ DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

DIE LINKE. Die PARTEI

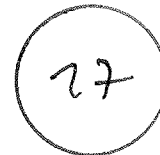
DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
ute@die-partei-fulda.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236
Fulda, 22.06.2021

Anfrage
SVV 05.07.2021



Keine durch Investor*innen bestimmte Stadtentwicklung

Die jahrzehntelang als Kaufhaus genutzte Immobilie in der Fuldaer Innenstadt ist seit November 2020 ungenutzt.
Dazu fragen wir den Magistrat:

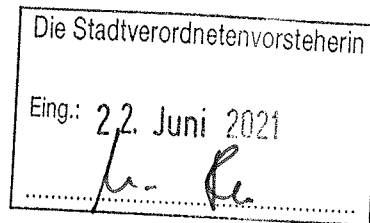
1. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen mit den Eigentümern der Kerber Immobilie?
2. In welche Richtungen gehen diese Gespräche?
3. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen wird die Immobilie künftig wohl anders genutzt werden. Dies bedarf ziemlich sicher einer Änderung des Bebauungsplanes. Wie werden die Menschen dieser Stadt in die Entwicklung eines neuen Nutzungskonzeptes eingebunden?

Ute Riebold

DIE LINKE. Die PARTEI

DIE LINKE. Die PARTEI – Die FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda



Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
ute@riebold.eu
ute@die-partei-fulda.de
0170 6 123 181 • 0661 90 15 236
Fulda, 22.06.2021

Anfrage
SVV 05.07.2021



Muss es immer iPad sein?

Die funktionstüchtigen Tablets (Betriebssystem: Android) für die Stadtverordneten und Stadträt*innen wurden gegen teurere iPads ausgetauscht. Auch bei der Ausstattung der Fuldaer Schulen wird auf Apple-Geräte gesetzt.

Dazu fragen wir den Magistrat:

1. Warum wird auf dieses Betriebssystem gesetzt?
2. Ist mittlerweile sichergestellt, dass alle Fuldaer Schüler*innen zu Hause ein für die Teilnahme am digitalen Unterricht geeignetes Gerät (PC, Tablet, Notebook) zur Verfügung haben?
3. Wie wird gewährleistet, dass alle Schüler*innen auch eine geeignete Internetverbindung nutzen können?

[Signature]
Ute Riebold

Anfrage

(§13 Abs.4 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung)
der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 22. Juni 2021

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD/Bündnis-C Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

22.06.2021

Erhebliche Auswirkung der Corona-Zwangsmaßnahmen auf den Lernerfolg an Schulen

1. Welche Schlüsse werden aus dem Studienergebnis der Goethe-Universität gezogen?
2. Inwiefern kann Unterstützung zum Aufholen von Defiziten erfolgen, vor allem im Hinblick auf Schulleistungen, die eine physische Präsenz erfordern, wie Sport-/Schwimmunterricht (allgemeines Bewegungsdefizit, Nichtschwimmer), aber auch im Hinblick auf die Folgen sozialer Isolation?
3. Inwiefern hat der Magistrat einen krisensicheren Fahrplan für eine Beschulung in außerordentlichen Zeiten und zur Vermeidung von weiteren Schulschließungen?

Begründung:

Laut einer Studie der Frankfurter Goethe-Universität, 'Auswirkungen der COVID-19-bedingten Schulschließungen auf das Lernen' (nicht beglaubigte Übersetzung im Anhang), hat bereits der 1. Lockdown zu ganz erheblichen Defiziten geführt, vergleichbar mit dem Status hinsichtlich der Rückkehr nach den Sommerferien.

Vor allem hat es zu Beginn an einem systematischen Plan zum „Homeschooling“ gefehlt. Kinder aus bedürftigen Familien hatten kein Endgerät und/oder Internetzugang, wodurch beim Fernunterricht die Schere zwischen arm und reich weiter auseinander ging.

Die Anfrage zielt zum einen darauf, wie Schülern geholfen werden kann Versäumtes aufzuholen, aber auch wie sie unterstützt werden können, um mit den psychischen Folgen als Resultat sozialer Isolation fertig zu werden..

Zuletzt möchte die Fraktion wissen, wie die Situation zukünftig verbessert werden soll, wobei Schulschließungen vermieden werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -